



Auskunftsersuchen

für die kommende Beiratssitzung

Umgestaltung und Umwidmung Grohner Straße zur Spielstraße.

Der Beirat Walle möge beschließen:

Der Beirat Walle bittet die zuständige Behörde zu prüfen, ob die Grohner Straße zu einer Spielstraße umgewidmet und umgestaltet werden kann.

Begründung:

Die Grohner Straße wird durch Kinder auf und um den dortigen Spielplatz und Schüler der Grundschule an der Melanchthonstraße stark genutzt und bespielt. Weiterhin befindet sich in unmittelbarer Nähe das Pflegeheim Walle mit bisweilen stark mobilitätseingeschränkten Bewohnern. Anwohner berichten über regelmäßige Beinahe-Unfälle, da die Geschwindigkeit der durchfahrenden Fahrzeuge nicht mit den dort sich aufhaltenden Kinder und Mobilitätseingeschränkten offenbar vereinbar sei. Dies ließe sich durch eine Umwidmung und Umgestaltung ändern.

Marco Juschkeit, FDP-Walle



Quelle: www.openstreetmap.org



Auskunftsersuchen

für die kommende Beiratssitzung

Darstellung Klimaanpassungsbedarfe und -möglichkeiten für den Wartburgplatz in Bremen Walle.

Der Beirat Walle möge beschließen:

Der Beirat Walle bittet das Klimamanagement Bremen um Auskunft, bzw. Darstellung von Klimaanpassungsbedarfe und -möglichkeiten für den Wartburgplatz in Bremen Walle im Rahmen einer kommenden Beiratssitzung.

Begründung:

Der Wartburgplatz hat eine zentrale Bedeutung für Bremer und Bremerinnen in Walle. Regelmäßig findet dort ein Wochenmarkt statt. Weiterhin entsteht dort eine Kita. Etliche Gewerbebetriebe wirtschaften in unmittelbarer Nähe. Dieser Platz ist eine Begegnungsstätte für Jung und Alt. Aufgrund seiner versiegelten Flächen und sehr übersichtlichen Pflanzen- und Baumbestand ist dieser Platz leider auch ein belastend heißer Ort in Sommertagen. Dies verringert die Aufenthaltsqualität auf dem Platz, aber auch in den angrenzenden Betrieben und Einrichtungen, doch merklich.

Nach erster Einschätzung hat der Wartburgplatz Potenzial einen Beitrag zur Starkregenvorsorge (Speicherung, Verdunstung und Versickerung von Regenwasser = Schwammstadt) zu leisten. Dazu weiterhin zusätzlich für ein verbessertes Mikroklima und ansprechende(ere) Grünflächen, auch an Hitzetagen, für alle Waller Bürgerinnen und Bürger zu bieten.

Marco Juschkeit, FDP-WALLE



Antrag der SPD-Fraktion im Beirat Walle;
Beiratssitzung am 19.09.2024

Adressat: Ressorts Bau, Umwelt und Klima

Schatten auf der Waller Mitte

Die Waller Mitte ist ein zentraler Ort der Begegnung und wird gerade im Sommer von vielen Bewohner*innen des Stadtteils genutzt um zu spielen, zu verweilen, Freund*innen zu treffen und vieles mehr.

Was in den wärmer werdenden Sommern aber fehlt, sind Schattenplätze. Bis die Bäume auf der Waller Mitte ausreichend Schatten spenden werden, wird noch einige Zeit vergehen.

Dies gilt insbesondere auch für das Volleyballfeld, dieses wird neben dem Volleyballspiel überwiegend auch von Eltern mit Ihren Kindern als großer Sandspielplatz genutzt.

Der Beirat Walle bittet daher, zu prüfen:

1. Können durch bauliche Veränderungen Schattenplätze auf der Waller Mitte integriert werden. Wie können diese umgesetzt werden?
2. Ist eine aufbaubare Abspannung als Sonnenschutz über dem Volleyballfeld möglich. Können die bereits vorhanden Bodenhülsen mit genutzt werden? Welche baulichen Veränderungen sind notwendig?
Hierbei ist die Nutzung als Volleyballfeld und Sandspielplatz zu berücksichtigen.
3. Wäre zur Erweiterung der Spielmöglichkeiten auf der Waller Mitte die Errichtung von Wasserspielgeräten möglich.

Sonja Kapp und die SPD-Fraktion im Beirat Walle

Antrag der SPD-Fraktion im Beirat Walle

Der Beirat möge beschließen:

Zugang zu Postdienstleistungen sicherstellen

Mit Bedauern nimmt der Beirat zur Kenntnis, dass die Postbank an der Waller Heerstraße seit Anfang des Monats keine Postdienstleistungen mehr wahrnimmt. Der Beirat appelliert daher an die DHL Group, zeitnah eine weitere Postfiliale im Bereich der Waller Heerstraße zu eröffnen.

Der Beirat bittet darum, für die nächste Sitzung den/die zuständige/n Vertreter/in der DHL Group zu einem Bericht über die Versorgung mit Postfilialen im Bremer Westen einzuladen.

Begründung:

Seit dem 01. September 2024 bietet die Postbank an der Waller Heerstraße keine Postdienstleistungen mehr an. Ein Aushang weist auf eine Ersatzfiliale im Walle-Center hin, dort gibt es allerdings bisher keine solche Filiale.

Es ist notwendig zeitnah wieder eine Postfiliale an zentraler Lage im Stadtteil zu haben, weil:

- nicht jede*r Zugang zum Internet hat oder Online-Dienste nutzen möchte. Insbesondere ältere Menschen oder Personen mit Beeinträchtigungen sind oft auf den persönlichen Zugang zu einer Postfiliale angewiesen, um Briefe, Pakete oder Einschreiben zu versenden oder zu empfangen.
- einige postalische Dienstleistungen, wie z. B. die Beantragung von Nachsendeaufträgen, internationale Sendungen oder die Nutzung spezieller Versandoptionen, erfordern oft eine persönliche Beratung. In einer Postfiliale können die Kunden mit geschultem Personal sprechen und die beste Lösung für ihre Bedürfnisse finden.
- es für viele Menschen praktisch ist, eine Postfiliale in der Nähe zu haben, um Pakete abzuholen oder zu versenden, insbesondere wenn sie tagsüber arbeiten und nicht zu Hause sind, um Pakete zu empfangen. Auch der Versand von Rücksendungen für Online-Käufe erfolgt oft über die Post. Eine zentrale Postfiliale ermöglicht Postdienstleistungen im Rahmen von Alltagswegen, bspw. im Zuge eines Einkaufes, zu erledigen.

**Sonja Kapp, Sebastian Schmutzger
und die Fraktion der SPD im Beirat Walle.**



Beirat Walle

Antrag: Blühstreifen am neuen Westbad

Der Beirat möge beschließen -

der Beirat Walle fordert die zuständigen Ressorts – Sport, Bau, Umwelt – auf, die Planungen des Außengeländes am neuen Westbad zu ändern, sofern dies nicht zu erheblichen Verlängerungen der Bauzeit führt.

Der Beirat wünscht sich im Eingangsbereich und auf den Parkflächen ein Aufgreifen von Schwammstadt-Konzepten. Denkbar sind dabei Blühstreifen, Rasengittersteine, geringere Pflasterung der Wege, Sand anstatt Plastikboden unter Spielgeräten und ähnliches. Ziel soll eine geringere Versiegelung der Freiflächen des Westbades sein. Dies ist eine Präventionsmaßnahme ganz im Sinne des Aktionsplan Klimaschutz der Freien Hansestadt Bremen

Begründung

Auch dieses Jahr war der Sommer, verglichen mit der Internationalen Referenzperiode, einer der wärmsten. Wir müssen damit rechnen, dass wir auch in den kommenden Jahren höhere Temperaturen haben werden und Starkregen Ereignisse häufiger werden. Die Stadt Bremen entwickelt zurzeit einen Klimaaktionsplan und so halten wir es für überaus wichtig, gerade bei neu zu gestaltenden Freiflächen auf Klimaanpassung und somit auf weniger Versiegelung zu achten.

Bremen, 31.08.2024

Bündnis 90 / Die Grünen im Beirat Walle

Brunhilde Wilhelm, Maike-Sophie Mittelstädt für die Fraktion

BÜNDNIS DEUTSCHLAND



im Beirat Walle

Auskunftersuchen für die Beiratssitzung am 19.09.2024

Digitale Stromzählerpflicht im Waller Kleingartengebiet!

Der Beirat Walle möge beschließen:

Das der Beirat Walle Wesernetz um Auskunft ersucht, warum die Zähleranlagen in dem Kleingartengebiet in der Waller Feldmark umgerüstet werden müssen. Zudem sollte Wesernetz den Beirat Walle mitteilen, warum jeder Anschlussnehmer selbst für die Kosten für diese Umrüstung tragen muss gem. § 22 Abs. 1 NAV. Gemäß dem Buten und Binnen Bericht vom 27.08.2024 können Kosten für eine digitale Messeinrichtung in ein Kleingarten bis zu einer Höhe von 5.000,- Euro entstehen.

Wesernetz sollte zudem dem Beirat Walle mitteilen, wie mit entsprechenden Härtefällen umgegangen werden soll! Zur weiteren Begründung wird vorgetragen, dass angeblich bis zum Jahr 2032 alle konventionellen Stromzähler gegen eine moderne oder gegen eine intelligente Messeinrichtung ausgetauscht werden müssen. Diese Verpflichtung zum Zählertausch ergibt sich aus dem Messtellenbetriebsgesetz (MsbG) und dient der Umsetzung europäischer Vorgaben zur Energieeffizienz und Digitalisierung.

Bündnis Deutschland als Fraktion für den Stadtteil Walle sieht diese Kostenentwicklung für den Nutzer eines Kleingartens oder Kaisonhauses in der Waller Feldmark als unverhältnismäßig an!

Tanja Häfker

Fraktionssprecherin für BD

Haefker-bd-fraktion-beirat.de

0421/ 68 56 73 81

0157/ 88 53 23 30

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Die Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen

FAQ Prozess Straßenumbenennungen kolonialer Straßennamen

Der Beirat Walle möge beschließen: Das Ortsamt wird beauftragt, folgendes FAQ auf die Website des Beirates zu stellen auf das bei Fragen zu Straßenumbenennungen verwiesen werden kann:

„FAQ Straßenumbenennungen in Walle (September 2024)“

Seit der Beiratssitzung im Mai 2024, bei der über Straßenumbenennungen von Straßen mit kolonialem Bezug diskutiert wurde, gibt es im Stadtteil Fragen, Gerüchte und teilweise Fehlinformationen über den Stand der Umbenennung. Dieses vom Beirat beschlossene FAQ soll helfen, Unklarheiten aufzuklären.

Wurde auf der Beiratssitzung die Umbenennung von Straßen beschlossen?

Nein.

Was ist denn dann bisher geschehen?

Auf der Beiratssitzung am 16.05.24 wurde das Thema Umbenennungen von Straßen mit kolonialem Bezug in Walle diskutiert. Grundlage war der Bürger*innenantrag, den die „Stadtteilinitiative Walle entkolonialisieren“ an den Beirat gestellt hat.

Die Stadtteilinitiative hat mit ihrem Antrag die Umbenennung von vier Waller Straßen beantragt. Dem Bürger*innenantrag der Stadtteilinitiative „Walle entkolonialisieren“ geht die Arbeit der Initiative in den letzten fünf Jahren voraus. Dabei wurden Veranstaltungen organisiert, das Anliegen auf Stadtteilstesten vorgestellt, Ideen für den Umbenennungsprozess gesammelt und vorbereitet und nachgeforscht, welche Alternativen es für die Straßennamen geben könnte. Ergebnis der Arbeit ist auch ein Umbenennungskonzept, das als Anlage an den Bürger*innenantrag angehängt ist und hier gefunden werden kann (Sitzung 16.05.24, Anlage 2):

<https://www.ortsamtwest.bremen.de/walle/protokolle-2023-2027-xiv-amtsperiode/beirat-35189>.

Auf der Beiratssitzung wurde aber nicht die Umbenennung der Straßen beschlossen. Der Beirat hat eine veränderte Fassung des Antrags angenommen, der ein Verfahren für den Umgang mit dem Umbenennungsvorschlag vorsieht.

Um welche Straßen geht es überhaupt?

Es geht um die Karl-Peters-Straße, die Nachtigalstraße, die Columbusstraße und die Leutweinstraße/Leutweinplatz. Außer der Columbusstraße sind alle Straßen nach deutschen Kolonialisten benannt, also Menschen, die einen wichtigen Beitrag für den deutschen Kolonialismus und das damit einhergehende Unrecht geleistet haben. Die Columbusstraße ist nach dem, als einer der Begründer des europäischen Kolonialismus geltenden Seefahrer, Christoph Columbus benannt.

Was hat der Beirat am 16.05. für das weitere Verfahren genau beschlossen?

Der Beschluss des Beirats über das weitere Verfahren kann hier gefunden werden (Sitzung 16.05.24, Anlage 3): <https://www.ortsamtwest.bremen.de/walle/protokolle-2023-2027-xiv-amtsperiode/beirat-35189>.

In dem Beschluss des Beirats werden erst Grundsätze festgestellt und danach das weitere Verfahren definiert.

- Der Beirat bekennt sich in dem Beschluss zu seiner Verantwortung für einen sensiblen Umgang mit der Kolonialgeschichte und dankt der Stadtteilinitiative „Walle

entkolonialisieren“ für ihre Arbeit. Die Umbenennung von Straßen hält der Beirat grundsätzlich für ein sinnvolles, angemessenes und verhältnismäßiges Mittel

- Für den Fall einer Umbenennung erwartet der Beirat vom Senat, dass keine Gebühren von Anwohner*innen für die Änderung von Ausweisen, Fahrzeugpapieren, Grundbucheinträgen u.Ä. erhoben werden und Anwohner*innen möglichst unkompliziert unterstützt werden, z.B. durch ein Angebot im Stadtteil für notwendige Termine.
- Außerdem definiert der Beschluss ein Verfahren für die Befragung von Anwohner*innen. In der Befragung sollen Anwohner*innen informiert und über ihnen wichtige Aspekte für die Umbenennung, z.B. Unterstützungsbedarfe, befragt werden. Für die Koordination der Befragung bzw. der Bürger*innenbeteiligung wurde eine vierköpfige Arbeitsgruppe aus Beiratsmitgliedern gegründet.

Was hat die Arbeitsgruppe für das Bürgerbeteiligungsverfahren bisher gemacht?

Die Arbeitsgruppe hat sich nach den Sommerferien bisher einmal getroffen und zu klärende Fragen erörtert. Nach der Beiratssitzung wurde im Juli von der Senatskanzlei eine Art Leitfaden für Bürger*innenbeteiligung bei Straßenumbenennungen veröffentlicht. Dadurch gibt es noch mehr Vorgaben, die dem Beirat eine Orientierung für den Umbenennungsprozess geben. Beim Treffen der Arbeitsgruppe ist deutlich geworden, dass weitere Absprachen mit zuständigen Behörden notwendig sind, um offene Fragen zu klären. Dabei geht es auch darum, die Leitlinien der Senatskanzlei für Verfahren von Bürger*innenbeteiligung bei Straßenumbenennungen im Detail richtig zu verstehen und anzuwenden. Deshalb arbeitet die Arbeitsgruppe aktuell daran, offene Fragen in Absprache mit den zuständigen Behörden zu klären, um dann das richtige Beteiligungsverfahren vorzubereiten.

Wie funktioniert ein Bürger*innenbeteiligungsverfahren?

Die Senatskanzlei hat im Juli 2024 eine Art Leitfaden für Bürger*innenbeteiligung bei Straßenumbenennungen veröffentlicht („Angemessenes Verfahren für die Durchführung einer dialogorientierten Umbenennung von Straßen). In dem Leitfaden sind drei Verfahrensschritte vorgeschlagen:

1. Information und Einbeziehung aller von der Entscheidung Betroffenen
2. Diskussion im Rahmen einer dialogorientierten öffentlichen Veranstaltung
3. Mitwirkung durch eine personalisierte Befragung bzw. Abstimmung

Wie lange dauert es noch, bis es eine Entscheidung gibt?

Das Verfahren zur Bürger*innenbeteiligung steht aktuell noch am Anfang. Die Klärung aller relevanten Fragen und die Vorbereitung des Beteiligungsverfahrens können noch einige Monate in Anspruch nehmen. Auch das Beteiligungsverfahren selber wird voraussichtlich ein paar Monate laufen. Es dauert also noch ein bisschen.“

Begründung:

Seit dem Beiratsbeschluss über die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Koordination eines Beteiligungsverfahrens über die potentielle Umbenennung von vier Straßen, gibt es im Stadtteil darüber viele Gerüchte und teilweise sind falsche Informationen im Umlauf. Damit Bürger*innen mit

Fragen zu dem Beteiligungs- und Umbenennungsprozess sich über diesen informieren können, ist ein FAQ auf der der Seite des Beirats geeignet.

Anna Fischer und Fraktion Die Linke

Sebastian Sch mugler und SPD-Fraktion

Maike-Sophie Mittelst ädt und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen